

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für den Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. für die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 208.

Dresden, Sonnabend den 7. September 1912.

23. Jahrg.

## Appell an Bethmann.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem die dringende Einberufung des Reichstags gefordert ist. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 5. September 1912.

Herrn Reichskanzler des Deutschen Reichs, Herrn v. Bethmann-Hollweg, Excellenz!

Die unterzeichneten Reichstagsabgeordneten derselben nicht, aber ungenügend Maßnahmen ergriffen werden, um die herrschende Teuerung zu mildern.

Der Reichstag hat — das wird allgemein anerkannt — einen Grad erreicht, wie nie zuvor. In den Kreisen der Arbeiter und des Kleinhandels bis tief in die Reihen der Beamten herrscht eine Erregung, eine Erbitterung, an der die gesetzlichen Faktoren nicht mehr vorübergehen können. Da die egyptische Teuerung seit der Mitte von Jahren nicht nur immer wiederkehrt, sondern sich auch verschärft, so kann man von ihr jetzt nicht mehr als von einer vorübergehenden Erscheinung sprechen. Immer dringender wird deshalb die Forderung nach Befestigung der gesetzlichen Bestimmungen, unter deren Wirkung die weitesten Schichten des Volkes leben und an ihrer Gesundheit geschädigt werden. — In diesem Sinne erscheint erforderlich

die Aufhebung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel, insbesondere auf Vieh und Fleisch,

die Eröffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh unter Aufrechterhaltung unerlässlicher Sicherheitsmaßnahmen gegen die Einschleppung von Seuchen,

die Aufhebung der Futtermittelzölle,

die Befestigung der Einfuhrzölle,

die sofortige Oeffnung der Grenzen für die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch,

die Eröffnung von wirksamen in kürzester Frist eine Milderung der Teuerung zu bewerkstelligen.

In der Ausführung der gebotenen gesetzlichen Maßnahmen werden wir Ihre Excellenz

als höchst wichtige Einberufung des Reichstags zu veranlassen.

### Hochachtungsvoll

Im Auftrag der 110 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstags:

Wahl, Dabitz, Ebert, Fischer, Haase, Kaden, Mollenhuth.

Der Brief des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes ist schließlich zu den am wenigsten angenehmen Sendungen, die seit langer Zeit in der Reichskanzlei eingetroffen sind.

Er stellt die Reichsregierung vor die Tatsache, daß 110 Mitglieder des Reichstags, mehr als ein Viertel aller Mitglieder des Hauses, die sofortige Einberufung der Vollversammlung fordern, und daß sie dies mit einer Begründung tun, die sich selbst nicht einwenden läßt. Der Reichstag ist nicht mehr geeignet. Und mögen auch die Mittel, die die sozialdemokratische Fraktion zu seiner Befestigung vorbringt, dem Reichskanzler nicht gefallen, so ist es doch ein selbstverständlicher Willkür, daß man dem Reichstage keinen Willkür gibt, sie zu erzwingen. Der Reichskanzler kann die sozialdemokratischen Vorschläge im Reichstage ablehnen, die Mehrheit kann sie ablehnen, selbst vom Reichskanzler. Die Mehrheit kann der Bundesrat widersprechen. Das ist die demokratische Methode, deren Vorhandensein gar nicht ausreichen die Gewähr bieten. Daß der Reichskanzler die sozialdemokratischen Vorschläge für verfehlt hält, ist daher noch kein Grund, ihre Verwirklichung zu verhindern.

Umgekehrt kann man aber auch nicht sagen, daß die Vorschläge der Fraktion keine Aussicht hätten, eine Mehrheit im Reichstag zu finden, und daß deshalb seine außerordentliche Einberufung unzulässig bleiben müßte. Denn am 18. März hat der Reichstag die in letzter Zeit schon oft erwähnte sozialdemokratische Resolution angenommen, die eine Erleichterung der Einfuhr durch entsprechende Änderungen des Einfuhrzollgesetzes verlangt. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Änderung des § 12 des Fleischschauergesetzes hat also entschieden Aussicht auf Annahme, und es ist nicht zu erwarten, daß die sozialdemokratischen Vorschläge von den bürgerlichen Parteien zu erlangen wären.

Der Reichstag hat sich der Bundesrat gegenüber allen wesentlichen Vorschlägen des Reichstags strikt ablehnend verhalten. Die Erklärung des bayerischen Ministers des Innern, Herrn v. Soden, nicht nurer Schwundel ist, dann fehlt es dem Bundesrat nicht an Stimmen, die die Erleichterung der Einfuhr von Gefrierfleisch durch Abänderung des § 12 des Fleischschauergesetzes für erzwungenermaßen halten.

Was auch wenn nach der subjektiven Meinung des Reichskanzlers von einer außerordentlichen Tagung des Reichstags gar kein positives Ergebnis zu erwarten sein sollte, so ist doch ein solches Ergebnis nicht, selbst die Beratung des Reichstags und die Mittel zu seiner Befestigung zu verhindern. Gleich unter den gegebenen Umständen einer außerordentlichen Tagung des Reichstags widerstehen, siehe eine

Furcht vor öffentlicher Aussprache bekunden, die die Sache der Gegner in das schlechteste Licht setzen müßte. Wer ein gutes Gewissen hat, braucht den Tag nicht zu scheuen!

Das Volk hat Anspruch darauf, zu erfahren, wie sich die Reichsleitung zu dem gegenwärtigen Notstand verhält, mit welchen Gründen sie ihr Verhalten zu rechtfertigen sucht. Eine offene Erklärung der Reichsregierung ist um so nötiger, da durch die Rede des bayerischen Ministers des Innern in der Münchner Abgeordnetenkammer nicht nur keine Klärung der Sachlage erfolgt ist, sondern vielmehr Unklarheiten und Mißverständnisse hervorgerufen worden sind. Von den Absichten des Bundesrats, über die sich Herr v. Soden verbreitet hat, will man an Berliner unterrichteter Stelle absolut nichts wissen. Ist es etwa unbedenklich, wenn da das Volk verlangt, daß ihm solcher Wein eingeschenkt wird, wenn es ein offenes Ja oder Nein fordert?

Die Stelle aber, der der Reichskanzler nach der Verfassung verantwortlich ist, ist der Deutsche Reichstag. Der Minister eines Bundesstaates kann nur für seine Regierung sprechen. Artikel in offiziellen Zeitungen sind erst recht ohne jede Verbindlichkeit und staatsrechtlichen Belang. Darum muß der Reichskanzler schleunigst vor den Reichstag treten, um zu sagen, was er will oder nicht will; er muß der Volksetzungsbehörde Gelegenheit geben, auszusprechen, ob sie mit der Auffassung der Reichsregierung übereinstimmt oder nicht; er muß eventuelle Beschlüsse des Reichstags entgegennehmen und sie dem Bundesrat zur Annahme oder Verwerfung unterbreiten. Auf alle Fälle muß er, wenn er nicht vor dem Volke die schwerste Schuld auf sich laden will, dem Wunsche der sozialdemokratischen Fraktion ungeäußert nachkommen und sich dem Reichstag einberufen lassen.

Nach der Verfassung erfolgt Einberufung, Vertagung und Schließung des Reichstags durch den Kaiser, die entsprechenden kaiserlichen Entschlüsse sind vom Reichskanzler gegenzuzeichnen, der damit die Verantwortung übernimmt. Gegen seinen Willen kann der Reichstag während einer Session nicht über die Dauer von 30 Tagen hinaus vertagt werden, doch steht dem Kaiser das Recht zu, den Reichstag zu schließen, auch ohne ihn zu befragen. Dieser Umstand hat den Reichstag veranlaßt, am 22. Mai seine Vertagung bis zum 26. November auszusprechen, andernfalls wäre auch ohne seine Zustimmung die Schließung erfolgt. Die Sache sieht demnach auch keineswegs so, daß eine vorzeitige, außerordentliche Tagung den Wünschen des Reichstags widersprechen würde.

Für die Einberufung des Reichstags hat sich außer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auch schon eine Reihe städtischer Gemeindeverwaltungen ausgesprochen, Frankfurt am Main, München, Bamberg u. a. Daraus ist zu schließen, daß außerhalb der sozialdemokratischen Partei (zum mindesten auch von der Fortschrittspartei) die Einberufung des Reichstags gewünscht wird. Von den Fraktionsvorständen der bürgerlichen Parteien ist zu verlangen, daß auch sie zu der Frage Stellung nehmen und sich der sozialdemokratischen Forderung anschließen.

Leider enthält die Verfassung keine Bestimmung des Inhalts, daß die Einberufung des Reichstags erfolgen muß, wenn ein bestimmter Bruchteil seiner Mitglieder es verlangt. Nur der Bundesrat muß einberufen werden, wenn es von einem Drittel seiner Mitglieder gefordert wird; die Bestimmung hat aber keine Bedeutung, da der Bundesrat ohnehin ständig bestanden bleibt. Aber über die staatsrechtlichen Bestimmungen hinaus besteht für die Regierung eine moralische Pflicht, den Reichstag einzuberufen, sobald ein großer Teil seiner Mitglieder unter Angabe wichtiger Gründe dies für notwendig erklärt, und ohne so zur Volksstimmung in den schärfsten Gegenstand zu geraten, kann sich die Regierung dieser Pflicht nicht entziehen.

Indem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Wege zur Erleichterung des bestehenden Notstandes aufzeigte und die schleunige Einberufung des Reichstags fordernd, hat sie das Ihre getan. Der Erfolg steht dahin. Die sozialdemokratische Fraktion will positive Arbeit im Interesse der Massen der Bevölkerung leisten, wenn die Regierung sie daran hindert, richtet sie sich in den Augen des Volkes durch solche Politik der starren Negation selbst. Dann wird aber den Massen auch die Wahrheit des Satzes aufgehen, daß der Kampf um billigere Lebensmittel ein Kampf um die politische Machtenteilung ist.

### Landarbeiterlöhne und Fleischteuerung.

Daß an der Fleischteuerung nicht die braven Agrarier, sondern nur die bösen Arbeiter schuld sind, ist schon längst für jeden, der zur Fahne des Bundes der Landwirte schwört, eine ausgemachte Sache. Erstens essen die Arbeiter zu viel Fleisch — dadurch steigern sie die Nachfrage und mit ihr die Preise, zweitens klagen sie über die Fleischteuerung und bewirken dadurch ein neues Ansteigen der Preise. Jetzt hat der in allen Ecken gerechte Großschweinezüchter, Reichspostmeister, Landwirtschaftsminister, Fuzarengeneral, Koloniallieutenant und Rathenau-Agent Herr v. Hobbelski drittens auch die Entdeckung gemacht, daß die hohen Fleischpreise durch die hohen Löhne der Landarbeiter verursacht sind. Darüber schreibt er in der Woche:

Die Erzeugnisse der Landwirtschaft sind, sei es Körnerbau, sei es Viehwirtschaft, das Produkt der Landarbeit. Steigende Löhne müssen naturgemäß auch höhere Produktionskosten bedingen. Hat

denn der Arbeiter in der Stadt allein das Recht auf ansteigende Löhne und soll der Landarbeiter mit erheblich geringeren Löhnen zufrieden sein? Das trifft nicht zu. Der steigende Lohn der Arbeiterbevölkerung in den Städten bedingt auch ein Steigen der Löhne in der Landwirtschaft und damit eine Vermehrung der Produktionskosten.

Die Arbeitsverhältnisse in der deutschen Landwirtschaft (zumal des Ostens) sind bekanntlich so ausgezeichnet, daß die deutschen Arbeiter es dabei zumeist gar nicht aushalten und daß halberhungerte Landproletarier aus Rußland, Galizien usw. zu Hunderttausenden herangezogen werden müssen. Eine merkliche Besserung der Verhältnisse ist unter dem neuen Jollart nicht erfolgt, dagegen sind die Grundstückspreise, entsprechend der gesteigerten Grundrente, enorm in die Höhe geschwollen. Indes lohnt es sich kaum, ernstlich zu polemisieren. Von, der im Jahre 1905 das Wort von der „vorübergehenden Erscheinung“ prägte, ist ein Dummkopf, der über seinen eigenen Schwundel lacht. Seine Ausführungen beweisen höchstens, daß er auch heute noch bei guter Laune ist, und das ist bei einem Großschweinezüchter auch nicht weiter verwunderlich.

### Teuerung und Gemeinden.

Die Stadtverordnetenversammlung von Breslau stimmt am Donnerstag einem sozialdemokratischen Antrage zu, von der Regierung die Einfuhr von ausländischem Vieh und Fleisch zu verlangen und eine Kommission für städtische Maßnahmen gegen die Teuerung einzusetzen. — Die städtische Kommission wurde einstimmig angenommen, gegen die Einfuhr-Erleichterungen stimmen die Konservativen und die Liberalen.

Die Stadtverordnetenversammlung in Hanau a. M. beschloß auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten in ihrer Sitzung vom 5. September, den Magistrat aufzufordern, an die Reichsregierung sowie den Reichstag eine Eingabe zu richten, in der verlangt wird: Verabfolgung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel (unser Fraktion hatte Aufhebung der Zölle beantragt), Oeffnung der Grenzen für Einfuhr von Schlachtvieh (unter Verhütung wirklich unerlässlicher Schutzbestimmungen gegen Seuchenverschleppung), Befestigung der Einfuhrzölle und abschließende Einberufung des Reichstags, um die obigen Maßnahmen sofort durchzuführen. Ferner wurde der Magistrat beauftragt, mit anderen Gemeindefürsorgern zusammenzutreten, die geeignete sind, der Fleischteuerung entgegenzutreten.

Die sozialdemokratische Fraktion des Stettiner Stadtparlamentes hat folgenden Initiativantrag eingebracht: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, angelehnt an die allseitig festgestellten Teuerung von Fleisch und anderen Nahrungsmitteln sofort an die zuständigen Instanzen von Reich und Staat heranzutreten, ohne Verzug diejenigen Schritte zu ergreifen und Verfügungen zu treffen, die erforderlich sind, die Einfuhr von Vieh, Fleisch und Futtermitteln von allen Zöllen und nicht unbedingt gegen Verfeuerung nötigen Erschwerungen zu befreien und die Einfuhr von Gefrierfleisch in großen Mengen zu fördern; ferner der Stadtverordnetenversammlung zur nächsten Sitzung eine Vorlage für die kommunale Beschaffung von inländischem und überseeischem Fleisch zuzugehen zu lassen.

### Handelkammern gegen die Teuerung.

Die Handelskammern in Sonneberg und Saalfeld (Sachsen-Weimaringen) beschließen, angelehnt an die herrschende Fleischteuerung bei der Staatsregierung die teilweise Erhebung der Futtermittelzölle, die Befestigung der Einfuhrzölle, die Oeffnung der Grenzen und die Verringerung des Viehschuldengesetzes zu verlangen. Ebenso beschloß der Gemeinderat in Weimaringen, das Ministerium um Maßnahmen gegen die Teuerung zu ersuchen, und, falls dort nichts geschehen sollte, die Einfuhr von fremdem Fleisch zu bewerkstelligen.

### Teuerungstumulte.

Die Teuerungstumulte in Schlesien pflanzen sich von Ort zu Ort fort. Außer in Liegnitz, Glogau und Jauer erfolgten dieser Tage Marie Zusammenstöße in Hirschberg, Neumarkt, Gagnau, Goldberg, Barzdorf, Walsch und Rawitsch. Die Polizei erläßt vor den Marktagen öffentliche Warnungen und erhebt in großer Stärke auf den Märkten. In Hirschberg wurden den Bauern die Tierkörbe umgeworfen und ihr Inhalt zertrümmert. In Neumarkt wurden Rämpfe mit Marktständen und Futterkörben ausgefochten. In Barzdorf drohten bei den Zusammenstößen die Händler die Oberhand zu behalten. Da ließen die Frauen in die benachbarten Fabriken und holten ihre Männer heraus, worauf sich die Händler aus dem Staube machten. In Gagnau suchten Agrarier das zwischen Käufern und Händlern geschlossene Kompromiß zu vereiteln. Einer von ihnen wurde in den Eierkorb gestürzt, ein anderer schwebend vom Markte getragen. In Liegnitz verbot die Polizei die weitere Ausgabe von Teuerungsausweisblättern und stellte neben jedem Marktstand einen Schutzmann auf. Die Händler, welche mit dem Preise für Butter schon auf 1.20 M. zurückgegangen waren, benutzten den polizeilichen Schutz zu neuen Preiserhöhungen.

## Die Lage der englischen Arbeiter.

Zur Frage des Imperialismus.

Sp. In unserer Abhandlung über den Imperialismus haben wir nebenbei auf Holland verwiesen, dessen Arbeiterklasse durch den „Imperialismus“ des 17. Jahrhunderts ins Elend gestürzt wurde. „Hollands Volksmasse war schon 1648 mehr überarbeitet, verarmter und brutaler unterdrückt, als die übrigen Europas insgesamt.“ Andererseits waren die herrschenden Klassen im Besitz von großen Reichtümern. „Das Beispiel der Niederländer“, sagt Supan (Die territoriale